Knut Schulz

Die Norm der Ehehlichkeit im Zunft- und Bürgerrecht spätmittelalterlicher Städte

Die folgenden Ausführungen werden weniger den schon gründlicher untersuchten Rechtsnormen nachgehen¹, sondern mehr darum bemüht sein, die in dieser Frage vom Rat und besonders den Zünften tatsächlich geübte Praxis zu erfassen, und zwar unter Beachtung der oft übersehenen, für das Verständnis aber entscheidenden Unterschiede unter zeitlichen, räumlichen und gewerblichen Vorzeichen.² Dabei sollen zwei in unserer Frage sehr verschiedenartig strukturierte Großlandschaften gegenübergestellt werden, nämlich die rheinische Region vom Bodensee bis zum Niederrhein und der engere Hanseraum mit den niedersächsischen und wendischen Städten. Nicht zufällig steht das Bürgerrecht im Titel des Beitrags an zweiter Stelle, denn abgesehen davon, daß das Verfügen über das Zunftrecht in der spätmittelalterlichen Stadt in der Regel verbindlich war, der

¹ Vgl. die Artikel über „Ehe“ mit ihren weiterführenden Literaturangaben im Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 1 Sp. 809–836, im Lexikon des Mittelalters, Bd. 3 Sp. 1616–1640 und in der Theologischen Realenzyklopädie 330–336; *Gerhard Bückling*, Die Rechtsstellung der unehelichen Kinder im Mittelalter und in der heutigen Reformbewegung (Gierkes Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgesch. 129, Breslau 1920); *Albert Weitnauer*, Die Legitimation des außerehelichen Kindes im römischen Recht und in den Germanenrechten des Mittelalters (Basel 1940); *Horst Herrmann*, Die Stellung unehelicher Kinder nach kanonischem Recht (Kanonistische Stud. und Texte 26, Amsterdam 1971); *Anke Leineweber*, Die rechtliche Beziehung des nichtehelichen Kindes zu seinem Erzeuger in der Geschichte des Privatrechts (Beitr. zur neueren Privatrechtsgesch. 7, Königstein Ts. 1978); *Gerd Winter*, Sozialer Wandel durch Rechtsformen erörtert an der sozialen Stellung unehelicher Kinder (Schriftenreihe zur Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforsch. 17, Berlin 1969); *Gerhard Köbler*, Das Familienrecht in der spätmittelalterlichen Stadt, und *Rudolf Weigand*, Ehe- und Familienrecht in der mittelalterlichen Stadt, beide in: Haus und Familie in der spätmittelalterlichen Stadt. Hrsg. v. A. Haverkamp (Städteforsch. A 18, Köln/Wien 1984) 136–160 und 161–194; *Sprandel*, Diskriminierung, 487–502.

² Welche pauschalen und damit falschen Behauptungen z.T. anzutreffen sind, sei mit einem Zitat illustriert, vgl. *O.D. Pothoff*, Kulturgeschichte des deutschen Handwerks (Hamburg 1938) 66: „Da ist vor allem die eheliche Geburt, die verlangt wurde [= für die Zunftaufnahme, der Verf.] [...] Soviel ist gewiß: Es gibt keine einzige der unzähligen uns erhaltenen Zunftsatzen oder Ordnungen oder Privilegien, in der diese Forderung nicht ausdrücklich aufgestellt wird.“ Ähnliche Vorstellungen finden sich auch in neueren Handbuchbeiträgen und Lexikonartikeln. Vorsichtiger urteilt der Beitrag über „Ehre, Reputation“ im Lexikon für Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 2 (1975) 15, wo es heißt: „Mit der Formel ‚echt und recht‘ wurde seit dem 14. Jh. seine [= des Handwerkers] Ehre an die Forderung freier und ehrlicher Herkunft, ehelicher Geburt und sittlicher Lebensführung gebunden.“ Das Verständnis hängt hier sehr deutlich an dem Wörtchen „seit“, das man im Sinne von „vereinzelte“ oder „noch sehr begrenzt auf einzelne Städte/Regionen und einzelne Gewerbe beschränkt“ verstehen müßte.

Erwerb des Bürgerrechts häufig hingegen nicht³, erlangte die Frage der Ehelichkeit ihre im 14. und 15. Jahrhundert neue und spezifische Bedeutung im gewerblichen Mittelstand, eben durch und über die Zünfte und das Zunftrecht.⁴

Was nun die Erklärung der zeitlich-räumlichen Unterschiede – die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung – betrifft, so wird man nur Hinweise und Deutungshilfen geben können. Wenn man bedenkt, daß der Anteil der Unehelichen an den Geburten im deutschsprachigen Gebiet um 1900 zwischen über 60% (in Kärnten) oder über 50% in Wien und unter 10% oder unter 3% (Schweiz, Rheinlande – sowohl katholisch wie protestantisch) in einzelnen Landschaften schwanken konnte⁵ und die Erklärungen dafür trotz mancher aufschlußreichen Beobachtungen gerade angesichts der vielfältigen und unterschiedlichen Gegebenheiten recht vage oder allgemein erscheinen, dann wird deutlich, wie unsicher der Boden der Interpretation trotz moderner analytischer Möglichkeiten bleibt. Ein weiterer wichtiger Aspekt sei einleitend kurz erwähnt. Nur selten steht die Frage der legitimen oder illegitimen Geburt im spätmittelalterlichen Zunft Handwerk für sich allein, meistens ist sie vergesellschaftet mit weiteren wichtigen Faktoren.⁶ Diese Bündelung mit anderen rechtlichen Elementen trägt meines Erachtens, wenn sie in ihrer Zusammengehörigkeit begriffen wird, zum Gesamtverständnis wesentlich bei, so daß am Schluß der Ausführungen dieser Fragenkomplex stehen wird.

Wollte man für die große Gruppe rheinischer Städte vom Bodensee bis nach Köln trotz der großen räumlichen Ausdehnung einige Gemeinsamkeiten in dieser Frage benennen, so wäre dies eine gewisse gesellschaftliche Offenheit und Liberalität.⁷ Freilich läßt sich für die anderthalb bis zwei Jahrhunderte (1350–1500/50), um die es dabei im wesentlichen geht, aus den umfangreichen edierten und noch zahlreicheren unveröffent-

³ Dies gilt besonders für die Städte, in denen die Zünfte ein Mitspracherecht erlangt hatten und sogenannte politische Zünfte als Grundelement der Verfassung gebildet worden waren. Vgl. dazu *Knut Schulz*, Die politische Zunft. Eine die spätmittelalterliche Stadt prägende Institution?, in: Städtische Selbstverwaltungsorgane vom 14. bis 19. Jahrhundert. Hrsg. v. W. Ehbrecht (Städteforsch. A, Münster i.W. 1992) (im Druck).

⁴ Während die großen Stadtrechtssammlungen nicht zuletzt im Anschluß an die Rechtsspiegel ihr Augenmerk besonders auf das Verhältnis von Legitimität und Erbrecht legen, gehen die Zunftrechte bezüglich der Ehelichkeitsforderung von Normen der Sittlichkeit und Ehre aus, worauf zurückzukommen sein wird.

⁵ Auf breiter Grundlage – sowohl räumlich, zeitlich als auch thematisch – ist diese Frage erörtert worden von *Michael Mitterauer*, Ledige Mütter. Zur Geschichte unehelicher Geburten in Europa (München 1983).

⁶ Vgl. etwa *Rudolf Wissell*, Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit, 2. erweiterte und bearb. Aufl. Hrsg. v. E. Schraepfer (Einzelveröffentlichungen der Hist. Komm. zu Berlin 7, Berlin 1971), Bd. 1 240ff.

⁷ Daß trotz der großen Entfernungen eine gewisse Verbindung auch auf der Ebene der Zünfte bestand, belegen folgende Anhaltspunkte oder Hinweise: 1) Der Rhein und das Rheintal als der wohl wichtigste Transport- und Wanderweg; 2) Die auch von vielen Gewerben regelmäßig aufgesuchten Frankfurter Messen und in diesem Zusammenhang die Bildung von sogenannten Großen Handwerken; 3) Der Abschluß von großräumigen Vereinbarungen gegen die z.T. ausufernde Gesellenbewegung besonders 1407/08, 1420/21, 1436 (Rheinische Knechtsordnung) und 1456; 4) Die Erlangung eines politischen Mitbestimmungsrechts der Zünfte in fast allen wichtigen rheinischen Städten dieser „Großregion“ spätestens seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert. Vgl. *Knut Schulz*, Handwerksgesellen und Lohnarbeiter. Untersuchungen zur oberrheinischen und oberdeutschen Stadtgeschichte des 14. bis 17. Jahrhunderts (Sigmaringen 1985); im folgenden zitiert: *Schulz*, Handwerksgesellen.

lichten Quellen eine Reihe von Belegen beibringen⁸, die das Prinzip der Ehelichkeit fest-schreiben. Aber insgesamt ist doch nicht zu verkennen, daß eine rigide und konsequente Haltung letztlich nicht durchsetzbar war, ja geradezu vermieden wurde. Dies ergab sich schon aus der Diskrepanz, die zwischen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der verschiedenlich propagierten Norm bestand.⁹

Als man sich im späten 15. Jahrhundert von Ratsseite dem Problem der Unehelichkeit in oberrheinischen Städten etwas energischer zuwandte, konstatierte man die „wilde Ehe“ als weitverbreitetes Phänomen.¹⁰ 1474 erließ etwa der Freiburger Stadtrat an alle Gewerbe das Mandat, keinen, der „öffentlich zue unee sitzt“, in eine Zunft aufzunehmen oder einen solchen durch Gewerbeverbot zu zwingen, entweder die Lebensgefährtin zu heiraten oder sich von dieser zu trennen.¹¹ Ähnliches ist für Basel zu beobachten. Nach mehreren Anläufen, die offensichtlich keine rechte Wirkung erzielt hatten, erklärte der Stadtrat von Basel im Jahre 1506 nicht ohne Verbitterung, daß immer noch „viel leuthen in der statt unehelich beyeinander sitzen, was wider Gott unnd ehelich wesens ist“¹².

Naturgemäß steht das „uneheliche Wesen“ mit dem Problem der illegitimen Geburt dadurch in einem unmittelbaren Zusammenhang, daß aus derartigen Lebensgemeinschaften auch uneheliche Kinder hervorzugehen pflegen. Außerdem ergab sich daraus zwangsläufig die Konsequenz, daß man nicht die Aufnahme von Unehelichen in die Zunft verbieten und auch inhibieren konnte, wenn man selbst das „Zur-Unehe-Sitzen“ öffentlich praktizierte oder doch duldete. Entsprechend schwach fielen in dieser Städteregeion die Bemühungen um die Durchsetzung der seit dem letzten Drittel des 15. Jahrhunderts auch hier stärker aufkommenden Forderung nach ehelicher Geburt als Voraussetzung für die Aufnahme in die Zünfte aus.¹³ Nach einigen älteren Vorstufen wurde in Basel 1494¹⁴ und

⁸ Als wichtige Quellensammlungen zum Zunftwesen in der rheinischen Städteregeion seien genannt: *Heinrich von Loesch* (Hrsg.), *Die Kölner Zunfturkunden nebst anderen Kölner Gewerbeurkunden bis zum Jahr 1500*, 2 Bde. (Publikationen der Ges. für Rheinische Geschichtskunde 22, Bonn 1907); im folgenden zitiert: *Loesch*, *Zunfturkunden*; *Benno Schmidt* (Hrsg.), *Frankfurter Zunfturkunden bis zum Jahre 1612*, 2 Bde. (Veröffentlichungen der Hist. Komm. der Stadt Frankfurt a.M. 4, 1/2, Frankfurt a.M. 1914/15, ND 1968); im folgenden zitiert: *Schmidt*, *Zunfturkunden*; *Johann Karl Brucker* (Hrsg.), *Straßburger Zunft- und Polizeiverordnungen des 14. und 15. Jahrhunderts* (Straßburg 1889); *Karl Harifelder* (Hrsg.), *Die alten Zunftordnungen der Stadt Freiburg i.Br.* (Freiburg i.Br. 1879); *Werner Schnyder* (Hrsg.), *Quellen zur Zürcher Zunftgeschichte* (Zürich 1936); *Johannes Schnell* (Hrsg.), *Rechtsquellen von Basel*, Bd. 1 (Basel 1886); im folgenden zitiert: *Schnell*, *Rechtsquellen*.

⁹ Anschauliche Beispiele etwa bei *Adrian Staehelin*, *Die Einführung der Ehescheidung in Basel zur Zeit der Reformation* (Basler Stud. zur Rechtswiss. 45, Basel 1947).

¹⁰ Vgl. etwa die diesbezüglichen Basler Ratsersasse bei *Schnell*, *Rechtsquellen* (wie Anm. 8), Nr. 138 (ca. 1448), 149 (1457), 155 (1465) und Staatsarchiv Basel, Mandata X 1a (1498).

¹¹ *G. Hinderschiedt*, *Die Freiburger Zunftordnungen des 15. und 16. Jahrhunderts* (Freiburg i.Br. 1953) 126; im folgenden zitiert: *Hinderschiedt*, *Zunftordnungen*.

¹² Staatsarchiv Basel, Schmiedenzunft 3, f. 35, weiter heißt es: „... denselben [soll man] ir zunfft und gesellschaft recht abschlagen, bis das sie in ehelichen standt begeben oder sich solliches unehelichen wesens abthun; das solle gegen maniglichen in denen zünfften crefftiglich gehalten werden.“

¹³ *Traugott Geering*, *Handel und Industrie der Stadt Basel. Zunftwesen und Wirtschaftsgeschichte bis zum Ende des 17. Jahrhunderts* (Basel 1886) 58f.

¹⁴ Staatsarchiv Basel, Webernzunft 2, f. 6v. und Schlüsselzunft 1, f. 5v.: Ratsmandat an alle Zünfte unter dem Titel: „Erkanntnus der Manrechten“ mit der generellen Ehelichkeitsforderung: „Und so sich erfund,

in Freiburg i.Br. 1497¹⁵ ein Beschluß dieser Art gefaßt, der jedoch weitgehend verpuffte. Denn 1512 mußte der Freiburger Stadtrat ärgerlich konstatieren, „dz bisbar ein unordnung mit uffnemung der zunfftigen fůrgangen ist, also dz von keinem kein schein elicher gepurt erzielt worden ist“¹⁶. Basel schränkte die Forderung dahingehend ein, daß Uneheliche nur zu den Ehrenämtern der Zünfte keinen Zugang haben sollten.¹⁷ Der Trend der Entwicklung ist damit vorgezeichnet und spiegelt sich nun auch in Einzelbestimmungen mancher Zunftordnungen wider.¹⁸ Zur allgemeineren – nicht jedoch generellen – Durchsetzung gelangte diese Norm am Oberrhein erst seit den 30er Jahren des 16. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der grundsätzlich neuen Bewertung und Anwendung von Bürgerrecht und Zunftrecht.¹⁹

Wenn damit auch noch nichts direkt ausgesagt ist über die soziale und rechtliche Stellung unehelicher Kinder, so läßt sich doch ein Wandel ablesen, der eine Verschiebung hinsichtlich der Sexualmoral und Eheauffassung widerspiegelt. Bleibt man am Oberrhein und auf der Ratsebene, dann ließen sich die Etappen ganz grob in folgender Weise einteilen: Am frühesten wurden Maßnahmen gegen sexuelle und moralische Verfehlungen, nämlich Verkuppelung von Kindern, Aussetzen von Kindern, Inzest und vor allem offenkundigen Ehebruch getroffen.²⁰ Schwankend blieb man hingegen gegenüber Pfaffenkindern oder Priestersöhnen.²¹ Die zweite Stufe ist in dem Ausschluß unehelich Geborener von repräsentativen Ämtern zu sehen, wobei der Bürgermeister und die vornehmsten Ratsherren schon früher dieser Norm unterworfen gewesen sein dürften.²²

das einer unelich erboren, derselb soll durch kein zunfft, wenn es dazu komen, wäder zu sechser, gericht noch rhat erkoset werden.“

¹⁵ Stadtarchiv Freiburg, B 2, Nr. 4, S. 245.

¹⁶ *Hinderschiedt*, Zunftordnungen (wie Anm. 11), 125: Deshalb wurde beschlossen, „daz nun hinfüro kein zunfftmeister keinen zunfftbruder annemen soll, er bring dann urkundt sins elichen harkomens und redlichen wesens, sunst soll keinem die zunfft gelihn werden“.

¹⁷ Staatsarchiv Basel, Schlüsselzunft 1, S. 8. Zu Sechsern in die Zunftvorstände können hinfort (so 1514) nur noch gewählt werden, wer kein „eigen man“, wer Bürger ist und wer nicht unehelich geboren ist; auf alle Fälle dürfen solche nicht in den großen Rat gewählt werden.

¹⁸ Vgl. *Schulz*, Handwerksgesellen (wie Anm. 7), 224 mit Anm. 55–57.

¹⁹ Ebd., 226ff. In Basel war bereits mit der Verabschiedung der „New Reformation“, des schließlich errungenen Sieges der werkenden (Handwerk) über die werbende (Handel) Hand, im Jahr 1526 eine Entscheidung in diese Richtung erfolgt, indem nun die Doppelzünftigkeit verboten und der Ausschluß von Unehelichen aus den Zünften für verbindlich erklärt wurde. Die eigentliche Absicht war es, den Einfluß von Handeltreibenden in den Handwerkerzünften zurückzudrängen. (Vgl. STA BA, Schlüsselzunft 1, S. 10).

²⁰ Vgl. etwa Urkundenbuch der Stadt Straßburg, 4, 2, Stadtrecht VI von 1322, mit späteren Hinzufügungen, u.a. Artikel 177 und 179, 93f.: „Von knechten und dienstjungfrowen, die iren herrenschaften ihre frowen oder kinder vercoppelent.“ Als Strafen waren vorgesehen für die Knechte: Ertränken, für die Mägde: Blendung und Verweisung. Die Strafe des Ertränkens steht angeblich auch auf das Aussetzen von Kindern laut Straßburger Ratsbeschluß von 1411, in: *Johannes Bühler*, Deutsche Vergangenheit nach zeitgenössischen Quellen, Reihe 2, Bd. 5 128.

²¹ Wie sehr man in dieser Frage noch zu Beginn des 16. Jahrhunderts lavierte, läßt eine Anfrage Basels an Straßburg von 1510 erkennen. Die Kannengießer hatten sich unter Berufung auf den Brauch ihres Handwerks geweigert, Priestersöhne zum Gewerbe zuzulassen. Basel bat nun Straßburg um Auskunft und Rat, wie man in dieser Frage entscheiden sollte (Staatsarchiv Basel, Missiven A 25, f. 241).

²² In dem bekannten Schiedsspruch, den Albertus Magnus 1258 zwischen Erzbischof und Stadt Köln getroffen hatte, wurde u.a. entschieden *quod non debent assumi in scabios minores annis vel indiscreti vel nati*

Seit den 70er Jahren des 15. Jahrhunderts fand diese Bestimmung nun auch auf die Zünfte Anwendung.²³ Allerdings wird man dabei von einem Vorstoß und Interesse der Zunftleitung selbst auszugehen haben und nicht eine Ratsinitiative dahinter vermuten dürfen, auch wenn die Mandate diesen Eindruck vermitteln. Das Anliegen der Zünfte auf dieser Zwischenstufe der Entwicklung wird durch das Material vom Mittelrhein sehr schön illustriert.²⁴ Der Ausschluß von der Wählbarkeit in den Zunftvorstand fügte sich zwar in eine durchaus großbürgerliche Tradition ein, diese verfuhr jedoch in der Frage der ehelichen Geburt vielfach großzügig. Denn wie es uns die bekannten Familiengeschichten des Augsburger Patriziers Lucas Rem (1481–1541) oder des Aufstiegers Burkhard Zink (1396–1474) anschaulich schildern, konnten in diesen gesellschaftlichen Kreisen unehelich geborene Kinder durchaus Anerkennung finden.²⁵ Das galt vornehmlich für vorehelich, auswärtig und nach dem Tode der Ehefrau gezeugte Nachkommen, während man gegenüber den außerehelichen Kindern eine distanziertere Haltung einnahm. Wenn nun solche Kinder sowohl auf Rats- wie auf Zunftebene zwar von der Wahrnehmung der repräsentativen öffentlichen Ämter ausgeschlossen blieben, beruflich sich aber durchaus entfalten konnten, dann war mit dieser auf den beiden Ebenen scheinbar gleichartigen Bewertung und Behandlung dieser Frage dennoch keine Parallelität gegeben. Denn für viele Zünfte wurde die Ehelichkeit mehr und mehr zu einer Grundsatzfrage und zu einem wichtigen Faktor des Selbstverständnisses, wie es besonders die mittelhessische Städtegruppe erkennen läßt.

Eine merkliche Verschiebung der Akzente stellt sich bei der Anwendung dieses Prinzips spätestens dann ein, wenn in den Zünften unehelich Geborene als Gewerbegenossen zwar geduldet, gesellschaftlich aber geächtet wurden. Einen relativ einfachen, aber typischen Fall spiegelt eine Frankfurter Ratsentscheidung von 1455 wider, nach der den Wollenwebern verboten wurde, einen Meister vom Gewerbe auszuschließen, weil er ein unehelich geborenes Mädchen geheiratet hatte. Der Rat konzidierte der Zunft lediglich, dieser Frau die Teilnahme an Festen zu untersagen.²⁶ Einen Schritt weiter ging der Mainzer Stadtrat, als er 1489 den Schneidern den Ausschluß von Meistern verbot, die mit unehelichen oder verleumdeten Frauen verheiratet waren. Er genehmigte jedoch die eindeutige Abgrenzung solcher Personen von den „ehrbaren“ Zunftmitgliedern, indem mit diesem Makel behafteten Meistern nicht nur das passive Wahlrecht, sondern auch das aktive Mitspracherecht entzogen wurde. Zu den vier Fronfastengebieten, an denen die Hauptver-

de illicito coitu vel alias criminosi, nec pretio sive pacto debent aliqui eligi in scabinos. Vgl. F. Keutgen, Urkunden zur städtischen Verfassungsgeschichte (Berlin 1901, ND Aalen 1965) 158.

²³ Vgl. Anm. 14.

²⁴ Vgl. Anm. 26–29.

²⁵ Sehr schön werden diese Biographien und die dort erwähnten unehelichen Kinder vorgestellt von Erich Maschke, Die Familie in der deutschen Stadt des späten Mittelalters (SB der Heidelberger Akad. der Wiss., 4. Abh., Heidelberg 1980) 19ff., 23ff. Zu Lucas Rem: Tagebuch des Lucas Rem aus den Jahren 1494 bis 1541. Ein Beitrag zur Handelsgeschichte der Stadt Augsburg, mitgeteilt von B. Greiff, in: 26. Jahresber. des hist. Kreis-Vereins im Regierungsbezirke von Schwaben und Neuburg für das Jahr 1860 (1861). Zu Burkard Zink: Chronik des Burkard Zink 1368–1468. (Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert 5, Leipzig 1866, ND Göttingen 2. Aufl. 1965).

²⁶ Georg Ludwig Kriegk, Deutsches Bürgerthum im Mittelalter, 2 Bde. (Frankfurt a.M. 1869–1871, ND Frankfurt a.M. 1969) hier Bd. 2, 281; im folgenden zitiert: Kriegk, Bürgerthum.

sammlungen der Zünfte abgehalten wurden, hatten diese zwar zu erscheinen, aber „alsdan ... sollen die obgemelten ußtreden und vor der dore so lange verharren, biss dass sie inne gemeyne oder sunderheit gefurdert werden“²⁷. Diese demonstrative räumliche Ausgrenzung hatte natürlich einen diffamierenden Charakter und muß als eine Maßnahme verstanden werden, die zweifellos wegen des damit verbundenen sozialen Unfriedens keine dauerhafte Lösung darstellen konnte. Sie veranschaulicht sehr deutlich, wie der Stadtrat verhindern wollte, daß ein von der Zunft Ausgeschlossener mit seiner Familie der gewerblichen Existenz beraubt und der städtischen Fürsorge anheimfallen würde, dennoch aber dem Anliegen der Zunft durch diesen bösen Kompromiß entgegenkommen wollte. Im übrigen war neben dem sozialen auch der rechtliche Grundsatz für den Rat von Bedeutung, daß eine Veränderung der Rechtsgrundlage post festum (Aberkennung des Zunftrechts) nicht akzeptabel sei. So lassen Beispiele dieser Art recht anschaulich erkennen, wie die Interessenkonstellation gelagert war und wie die in Etappen sich vollziehenden Entscheidungen getroffen wurden.

Aufschlußreich in dieser Hinsicht ist ein Beschluß von 1489, mit dem der Frankfurter Rat den Wollenwebern den Ausschluß von Meistern genehmigte, die eine Priestertochter heirateten.²⁸ Auch hier handelte es sich offensichtlich wieder um einen Kompromiß, denn indem lediglich der Ausschluß von Zunftmitgliedern bewilligt wurde, die eine Pfaffen- tochter, nicht aber auch eine andere unehelich geborene Frau heiraten würden, wollte man offensichtlich einem Konflikt mit dem Kaiser aus dem Wege gehen. Dieser hatte nämlich in einem Brief vom November 1488 den Rat von Frankfurt nachdrücklich ermahnt, die Aufnahme des Wollwebers Albrecht Münckeler, der eine unehelich geborene Frau geheiratet hatte, in die Zunft durchzusetzen. Denn diese Frau sei vom Papst und durch Doktor Dietrich Gresemont von Meschede an Kaisers Statt legitimiert worden. Für den Weigerungsfall drohte neben dem Kaiser auch der Erzbischof erhebliche Strafen an.²⁹ Zwar erkannten die Zünfte – so auch die Frankfurter Wollenweber – eine päpstliche und kaiserliche Legitimierung nicht an, aber mit der Akzentverschiebung hin zur Pfaffen- tochter umgingen sie wohl in diesem Fall weitere Auseinandersetzungen.

Erstaunlich früh und konsequent in der Formulierung ist dieser Grundsatz der Ehelichkeit in Frankfurt a.M. postuliert worden, nämlich 1352 bzw. 1355 von den Schneidern und Schuhmachern.³⁰ Wenn damals tatsächlich die Ehelichkeit bereits für die Annahme eines Lehrlings zur Bedingung gemacht worden wäre, wie es der Text vorgibt, hätten sich alle späteren Einschränkungen erübrigt. Diese Formulierungen sind wohl aus den innerstädtischen Auseinandersetzungen in Frankfurt a.M. in diesen Jahren zu erklä-

²⁷ Stadtarchiv Mainz, 21/100, 72rv. Außerdem dürfen solche Zunftmitglieder nur einen Gesellen statt der sonst möglichen drei Mitarbeiter beschäftigen. Vgl. Kurt Wesoly, Lehrlinge und Handwerksgesellen am Mittelrhein. Ihre soziale Lage und ihre Organisation vom 14. bis zum 17. Jahrhundert (Stud. zur Frankfurter Gesch. 18, Frankfurt a.M. 1985) 247; im folgenden zitiert: Wesoly, Lehrlinge.

²⁸ Kriegl, Bürgerthum (wie Anm. 26), 281. 1469 war in diesem Gewerbe ein Aufnahmeverbot von Unehelichen zur Meisterwürde beschlossen worden (ebd., 281).

²⁹ Stadtarchiv Frankfurt, Ugb D 11 Z, Nr. 8. Vgl. auch Emmanuel Fromm, Frankfurts Textilgewerbe im Mittelalter. Ein Beitrag zur Geschichte des Zunftwesens im 14. und 15. Jahrhundert, in: Arch. für Frankfurter Gesch. und Kunst 3. Folge, 6 (1899) 1–160, hier 18f.

³⁰ Schmidt, Zunfturkunden (wie Anm. 8), Bd. 1 501 und Bd. 2 30.

ren.³¹ An dieser Forderung ist das eigene Bestreben einiger Zünfte gerade in einer so stark patrizisch geprägten Stadt wie Frankfurt a.M. recht deutlich abzulesen. Dieser frühe Versuch einer Festschreibung der Ehelichkeit hatte also vorläufig weder hier noch in manchen anderen mittelhessischen Städten Bestand. Postulieren und Realisieren sind gerade in diesem Bereich noch für längere Zeit zwei verschiedene Dinge. Man darf den Quellaussagen dieser Art nur sehr begrenzt vertrauen.

Werfen wir noch zum Vergleich einen Blick auf Köln und die auf den dortigen Ämtern und Gaffeln anzutreffenden Vorstellungen von der Legitimität, so werden die bisher gewonnenen Eindrücke im wesentlichen bestätigt.³² Vereinzelt werden zwar schon im späten 14. Jahrhundert Forderungen nach ehelicher Geburt bei bestimmten Gewerben, und zwar den Goldschmieden³³, erhoben, aber eine Krähe macht noch keinen Winter! Man muß einmal die Argumentation umzukehren lernen, nämlich die Gegenprobe machen und davon wegkommen, daß die Aufnahme einer solchen Bestimmung in die Ordnung einer Zunft bereits den Rückschluß auf die Gültigkeit dieser Norm überhaupt zulasse.

Im Laufe des 15. Jahrhunderts traten zwar einige weitere Handwerkergruppen mit Bestimmungen dieser Art hinzu, wie die Böttcher und Buntwörter (Kürschner)³⁴ sowie die Riemenschneider und Tuchscherer³⁵, aber auch damit verändert sich das Bild nur ansatzweise. Denn die vielen, parallel dazu überlieferten Amtsbriefe des stark differenzierten Kölner Gewerbes enthalten derartige Festschreibungen des Ehelichkeitsgrundsatzes eben nicht. Und dies kann nun einmal in dieser Zeit kein Zufall sein, hier dürfte das *argumentum e silentio* durchaus berechtigt sein. Die Feststellung, wieviele Zünfte nach wie vor auf den Nachweis ehelicher Geburt verzichteten, sollte gleichberechtigt in die Analyse dieser Frage einbezogen werden. Wenn von den rund 50 Kölner Ämtern, die eigene Gewerbeordnungen hatten³⁶, nur fünf im Laufe des 15. Jahrhunderts die legitime Geburt verlangten, dann sollte man die 45 anderen nicht einfach übergehen, sondern als eine entsprechende Größe mit in die Rechnung einbeziehen. Denn nur selten gibt es den Fall, daß, wie 1461 bei den Kölner Seidmacherinnen, die Zulässigkeit der Aufnahme von Unehelichen ins Gewerbe ausdrücklich erwähnt wird.³⁷ Erstmals findet sich im Transfixbrief für die Seidmacherinnen von 1506 auch für die Annahme von Lehrlingen bei den Seidenfärbern der Grundsatz der Ehelichkeit.³⁸ Diese Zeit, d.h. die ersten beiden Jahrzehnte des 16. Jahrhunderts, ist offensichtlich auch für Köln die entscheidende Phase der Umorientierung, wie es etwa die neuen Statuten der Fischhändler (1505) und Leder-

³¹ Vgl. *Hans Lentze*, Der Kaiser und die Zunftverfassung in den Reichsstädten bis zum Tode Karls IV. (Gierkes Untersuchungen 145, Breslau 1933, ND Aalen 1964) 226ff.; im folgenden zitiert: *Lentze*, Kaiser.

³² *Loesch*, Zunfturkunden (wie Anm. 8), mit instruktiver Einleitung.

³³ Ebd., Bd. 1 85 §3.

³⁴ Ebd., Bd. 2 52, Nr. 239 §1.

³⁵ Ebd., Bd. 2 352f. Nr. 578C; Bd. 1 191f. Nr. 74 in Verbindung mit Bd. 2 459ff., Nr. 706.

³⁶ Siehe den Überblick ebd., XXVII, XXVIII, XXIX und 148*f.

³⁷ Ebd., Bd. 1 164 §1.

³⁸ *Margret Wensky*, Die Stellung der Frau in der stadtkölnischen Wirtschaft im Spätmittelalter (Quellen und Darstellungen zur Hansischen Gesch. NF. 26, Köln/Wien 1980) 173.

zurichter (1516) widerspiegeln.³⁹ Zwar wird die Quellengrundlage für das frühe 16. Jahrhundert sehr schmal, da die einschlägige Edition von Heinrich von Loesch mit dem Jahr 1500 endet, aber die wenigen Beispiele, die vorliegen, fügen sich doch gut in den „gesamtrheinischen“ Horizont ein.

Heben wir einige wichtig erscheinende Aspekte für den rheinischen Bereich noch einmal heraus. Erste Ansätze oder wenigstens Hinweise für die Forderung der Ehelichkeit sind im gesamten rheinischen Gebiet zwar schon in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts zu verzeichnen, aber sie blieben in der Regel auf einige Sonderfälle beschränkt: nämlich 1) auf Gewerbe mit großräumigen Absprachen wie etwa die Goldschmiede, Steinmetzen und Sattler⁴⁰, oder 2) auf regionale Handwerkerbünde mit eigenen Satzungen und damit der bedingten Lösung von der Zuständigkeit des jeweiligen Stadtrats⁴¹, bzw. 3) auf innerstädtische Konfliktsituationen wie in Frankfurt a.M. 1352 und 1355⁴². Häufig verpufften derartige Ansätze sehr bald, wie wir es späteren Neuanträgen, Klagen und Beschwerden oder gelegentlich auch den Aufnahmeregistern von Meistern oder Lehrlingen entnehmen können.⁴³ Dies gilt – zumindest für den Oberrhein – auch noch für den zweiten Anlauf um die Mitte des 15. Jahrhunderts, während sich am Mittelrhein nun eine eigenwillige Kompromißlösung in der Weise abzeichnet, daß die Stadträte zwar die von den Zünften angestrebten rechtlichen Konsequenzen der unehelichen Geburt im Sinne des Gewerbe-/Berufsverbots unterbinden, die gesellschaftliche Diffamierung aber gestatten. Durch diesen Zwiespalt treten die jeweiligen Anliegen sehr deutlich hervor, die auf Seiten der Zünfte offensichtlich in einem spezifischen Ehrbegriff und nicht primär in wirtschaftlichen Motiven begründet waren.⁴⁴ Von ihrem Verständnis her war es also

³⁹ Loesch, *Zunfturkunden* (wie Anm. 8), Bd. 2 529, Nr. 20A und 536 Nr. 47A.

⁴⁰ E. Steingraber, *Der Goldschmied. Vom alten Handwerk der Gold- und Silberarbeiter* (München 1966); Ulrich Barth, *Zur Geschichte des Basler Goldschmiedehandwerks (1261–1800)* (Muttentz 1978); Volker Segers, *Studien zur Geschichte der deutschen Steinmetzenbruderschaft* (Berlin 1980); K. Schlüter, W. Rausch (Hrsg.), *Vollständiges Handbuch für Sattler, Riemer und Täschner* (Weimar 1897, ND Hannover 1984); Hermann Bartensein, *Das Ledergewerbe im Mittelalter in Köln, Lübeck und Frankfurt a.M.* (Berlin 1920).

⁴¹ Frank Göstmann, *Handwerk und Bündnispolitik. Die Handwerkerbünde am Mittelrhein vom 14. bis zum 17. Jahrhundert* (Frankfurter Hist. Abh. 15, Wiesbaden 1977).

⁴² Vgl. Lentze, *Kaiser* (wie Anm. 31); G.L. Krieger, *Frankfurter Bürgerzwiste und Zustände im Mittelalter* (Frankfurt a.M. 1862, ND Glashütten 1970); Joachim Fischer, *Frankfurt und die Bürgerunruhen in Mainz 1332–1462* (Beitr. zur Gesch. der Stadt Mainz 15, Mainz 1958).

⁴³ Aufschlußreich in dieser Hinsicht ist die Feststellung, daß etwa die Schneider von Frankfurt a.M. zwar 1352 festschreiben konnten: „Auch ensullen wir keinen lerknabin leren, he ensij dan eyn ekind.“ (*Schmidt*, *Zunfturkunden* [wie Anm. 8], 501). Aber bereits in der vom Rat genehmigten Ordnung von 1377 mit Nachträgen bis 1520 findet diese Bestimmung bezeichnenderweise keine Wiederholung (ebd., 504ff.). Für den Quellenwert von Zunftregistern in dieser Hinsicht sei als Beispiel auf das Zunftmanual der Basler Bäcker (*A. Bruckner*, *Die Zunft der Brotbecken in Basel* [Basel 1956] 45) verwiesen, wo sich etwa zum Jahr 1496 folgender Eintrag findet: Jakob Bürkly hat zwar „sine lerjar herfuult“, ob er aber „von elichem Stamme geboren ist, das hat er noch nit virbrocht“.

⁴⁴ Besonders aufschlußreich in dieser Hinsicht scheint der Fall des Kaspar Spiegelberg, Sohn des Moritz Graf von Spiegelberg (1406/7–1483), des bekannten Kölner Domherren, Frühhumanisten und Kulturförderers, zu sein. Kaspar verabschiedete sich nach einem kurzen Intermezzo von der Universität und versuchte, das Tuchschereramt zu erlangen, und zwar mit Hilfe seines einflußreichen Vaters, der über den Kölner Stadtrat das Amt zur Aufnahme zwingen wollte. Die Tuchscherer konzidierten ihm jedoch nur das Recht, eine gewisse Berufserfahrung zu erlangen, verwiesen besagten Kaspar nach dem Tode seines Vaters

möglich, unehelich geborene oder so verheiratete Meister im Gewerbe zu dulden, nicht jedoch mit ihnen eine irgendwie geartete Gemeinschaft zu pflegen. Eine päpstliche, kaiserliche oder hofpfalzgräfliche Legitimation – und gar noch gegen Geld – vermochte bei diesem Verständnis nichts an dem grundsätzlichen Makel zu ändern; dann noch eher die direkte „schmerzlindernde“ Zahlung an die Zunft, die allerdings auch verpönt war und nur in Ausnahmefällen vorkam.⁴⁵ Denn als verschiedene Frankfurter Gewerbe 1355 ihren ersten Vorstoß in der Sache der ehelichen Geburt von Lehrlingen unternahmen, erklärten sie: „Es ensal keyn meister under uns nemen kein geld, das man heizet des hurensones geld.“⁴⁶

Die nächste, dritte Welle in Richtung auf Durchsetzung des Prinzips der Ehehlichkeit erfolgte in der großen rheinischen Städteregeion um die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert, nun überall mit wesentlich mehr Energie und Konsequenz, aber letztlich immer noch mit begrenztem Erfolg. Was sollte man auch machen, wenn nach wie vor so viele Leute in der Stadt „öffentlich zur Unehe sitzen“ und man bei der Auffüllung der schweren Bevölkerungsverluste zu Beginn des 16. Jahrhunderts nicht gerade wählerisch sein konnte.⁴⁷ Aber die rechtlichen Voraussetzungen und die Mechanismen der Kontrolle waren nun vorbereitet, so daß man seit den 1530er Jahren darauf zurückgreifen konnte und diese Mittel dann auch wirkungsvoll zum Einsatz brachte.⁴⁸

Wenn wir uns nun dem Kernraum der Hanse mit den sogenannten wendischen Hansestädten sowie denen Niedersachsens zuwenden, so treffen wir auf grundlegend andere Vorstellungen und Konditionen.⁴⁹ Am radikalsten und der allgemeinen Entwicklung

des Amtes und beriefen sich darauf, „dat geistlicher lude of andere onelige kijnder an diesem ind dergelijc ampten binnen der stat Coelne“ keine Teilhabe und kein „regiment“ haben dürften. Schließlich habe ihnen der Rat die diese Bestimmung enthaltende Ordnung, wie sie sich in ihrem Amtsbuch verzeichnet finde und jedes Jahr von ihnen beschworen werde, ausdrücklich genehmigt. Die unterschiedliche Einstellung in dieser Frage zwischen Rat und Tuchschereramt wird auch hier wieder deutlich, hat darüber hinaus aber noch spezifische Gründe, da nämlich Kaspar in dem Amte nicht „geliert“ und in einigen Stücken nicht genug getan habe, vor allem aber „mirklicher reden ind oirsachen halven“. Man spürt geradezu die Abneigung der Handwerker gegen die Überheblichkeit des Grafensohns und gegen die Zumutung, Unterbringungsbereich für einen adligen Bastard und Pfaffensohn zu sein. Den „lovelich privilegien ind alt herkomen“ stehe die Gefahr von „onrait ind verdress“ [Unrat und Verdruß] entgegen, wenn jemand, der nicht „uprecht, unbesprochen ind gein bastart“ sei, Aufnahme fände. *Loesch*, Zunfturkunden (wie Anm. 8), 459–461 Nr. 706 und *Gregor Hövelmann*, Moritz Graf von Spiegelberg (1403–1483). Domherr in Köln, Propst in Emmerich, Mäzen und Stifter (Kevelaer 1987) 76ff.

⁴⁵ 1482 beschlossen die Kölner Riemenschneider, als Lehrjungen grundsätzlich nur „elige kindere ind gein bastarden“ aufzunehmen. Die Meister jedoch, die „hiweder deden“, also gegen die Bestimmung handeln würden, sollten dem Amt zehn oberländische Gulden als Bußgeld entrichten (*Loesch*, Zunfturkunden [wie Anm. 8], 352f. Nr. 578C).

⁴⁶ *Schmidt*, Zunfturkunden (wie Anm. 8), Bd. 2: Ordnung der Steindecker, Steinmetzer und Zimmerleute (1355) 75, 101 und 224.

⁴⁷ 1506 erließ der Basler Stadtrat ein Mandat mit der Aufforderung an alle Zünfte, die Aufnahme von Zunftbewerbern zu erleichtern, um „lutt zu unns in die statt(zu)bringen“. (Staatsarch. Basel, Ratserk. B. II, f. 31v–32).

⁴⁸ Vgl. *Schulz*, Handwerksgesellen (wie Anm. 7), 226ff.

⁴⁹ *Ferdinand Frensdorff*, Das Zunftrecht insbesondere Norddeutschlands und die Handwerkslehre, in: *HansGbl* 34 (1907) 1–89; im folgenden zitiert: *Frensdorff*, Zunftrecht; siehe auch *ders.*, Verlöbniß und Eheschließung nach hansischen Rechts- und Geschichtsquellen, in: *HansGbl* 23 (1917) 291–350 und 24 (1918) 1–26.

deutlich vorseilend scheinen in dieser Hinsicht Braunschweiger Gewerbegruppen gewesen zu sein.⁵⁰ Wenn es im Braunschweiger Stadtrecht von etwa 1330 geradezu gegen das Bestreben der Handwerksgilden gerichtet heißt: „eyn unecht sone, de sek wol handel, der mach vol gylde wyngen“⁵¹, dann waren viele Gilden in dieser Frage ganz anderer Meinung. Bereits 1323 schlossen die Lakenmacher in der Altenwiek sowohl Uneheliche als auch Bettler, Lotterbuben, Bader, Schäfer, Barbieri und Leineweber von dem Gewerbe aus.⁵² Ein Zunftmitglied, das jemanden aus einem solchen oder anderen „verschmähten Geschlecht“ heiraten würde, büßte sein Gilderecht ein. Schon die Annahme eines derartigen Lehrlings führte zur Niederlegung des Handwerks für ein halbes Jahr und zur Entlassung des Betreffenden. Andere Gilden handelten ähnlich, etwa um 1320 die Goldschmiede⁵³ oder 1325 die Beckenschläger mit folgendem Beschluß: „De ghemeynen ghildebrodere sint des ghentzliken up eyn ghekomen, dat se nene unechte kyndere mer liden ne willen in orer ghilde, unde enwillen dar nenerleye bede mer vore hebben“, wollen also keinem Ansinnen („bede“) dieser Art mehr nachgeben.⁵⁴

Stadtrecht und Zunftrecht, Rat und Gilde standen sich in dieser Frage um 1330 also diametral gegenüber, und wenn man aufgrund manch anderer Erfahrungen oder Vergleichsbeispielen schon zu der Annahme neigt, daß hier vorzeitige Zunftinitiativen einmal fixiert worden seien, aber auch schnell wieder verpufft wären⁵⁵, dann wird man durch eine andere ungewöhnliche Quellenüberlieferung eines Besseren belehrt. Denn im Braunschweiger Stadtarchiv findet sich schon für das 14. Jahrhundert eine ganze Anzahl von Geburtsbriefen, die die eheliche Geburt bzw. die Tatsache, „frei, echt und recht“ geboren zu sein, bescheinigen.⁵⁶ Das, was gemeinhin ganz am Ende eines langen Entwicklungs-

⁵⁰ L. Hänselmann, H. Mack (Hrsg.), Urkunden der Stadt Braunschweig, Bde. 1–4 (Braunschweig 1873–1912). Vgl. Werner Spieß, Braunschweig. Die Verfassung und Verwaltung der mittelalterlichen Stadt (Hildesheim 1949); ders., Fernhändlerschicht und Handwerkermasse in Braunschweig bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts, in: Hans Gbl 63 (1939) 49–85; Manfred Garzmann, Stadtherr und Gemeinde in Braunschweig im 13. und 14. Jahrhundert (Braunschweig 1976).

⁵¹ Ferdinand Frensdorff, Studien zum Braunschweigischen Stadtrecht. Erster Beitrag: Das Leibnitianum, in: Nachrichten der Wiss. Akademie Göttingen, Philos.-hist. Klasse (1905) 47. Vgl. dazu ders., Zunftrecht (wie Anm. 49), 53 Anm. 3 und 4, wo er darauf hinweist, daß der zitierte Artikel sogar in das Stadtrecht von 1402 aufgenommen und in die Statuten von Einbeck übernommen wurde.

⁵² Stadtarchiv Braunschweig, G VIII, Nr. 161 B, Bl. 6–12v., vgl. dazu Winfried Schich, Braunschweig und die Ausbildung des sogenannten Wendenparagraphen, in: JbGMOD 35 (1986) 224 Anm. 15 und 16; im folgenden zitiert: Schich, Braunschweig.

⁵³ L. Hänselmann (Hrsg.), Urkunden der Stadt Braunschweig, Bd. 2 517, Nr. 877; im folgenden zitiert: Hänselmann, Braunschweig; vgl. dazu Werner Spieß, Die Goldschmiede, Gerber und Schuster in Braunschweig (Braunschweiger Werkstücke 22, Braunschweig 1958).

⁵⁴ Hänselmann, Braunschweig (wie Anm. 53), Bd. 3 116; Frensdorff, Zunftrecht (wie Anm. 49), 52 weist im Anschluß an diesen Quellenbeleg darauf hin, daß nach den innerstädtischen Konflikten und der Umgestaltung der Verfassung im Jahr 1388 diese Bestimmung in folgender Gestalt wieder aufgegriffen wird: „ok heft de ghemeyne rad over en ghedraghen myd den bekenwerchten, dat se na deseme daghe mer nene unechte kyndere in orer ghilde nemen schullen umme nemandes bede willen.“

⁵⁵ Vgl. dazu das Frankfurter Beispiel von 1352/55, Anm. 30, 31, 46.

⁵⁶ Stadtarchiv Braunschweig, B I, 1, Bd. 2, 3 (Kopialbücher des Rates, in denen u.a. die eheliche Geburt bescheinigt wird). Hier handelt es sich zwar um Geburtsbriefe, die vom Braunschweiger Rat ausgestellt wurden, aber zugleich erkennen lassen, wie diese Frage in der hier interessierenden Städtegruppe im ausgehenden 14. Jahrhundert gehandhabt wurde. Vgl. im übrigen Anm. 69.

prozesses steht, nämlich die Forderung nach Beibringung eines Geburtsbriefes und gar noch die Einlösung dieses Anspruchs, wird hier zum Teil auf einen Schlag durchgesetzt. Alle sonst üblichen Etappen werden damit übersprungen; denn es geht nicht etwa um das Aufnahmeverbot von Unehelichen in die Zunft, sondern um die Sperrung der Annahme von unehelichen und unehrlieh geborenen Lehrlingen. Selbstverständlich galt dieses Gebot der „Makellosigkeit“ auch für die „Zunftfrauen“ oder besser Gildeschwestern, um in der entsprechenden Begrifflichkeit und Vorstellungswelt zu bleiben. Zwar hat Winfried Schich jüngst nachweisen können, daß entgegen älteren Behauptungen der sogenannte Wendenparagraph, also die Forderung nach reiner *deutscher* Geburt, in dem Gildestatut der Braunschweiger Lakenmacher von 1323 noch nicht enthalten war und erstmals in den 50er Jahren in Lüneburg und Beeskow nachweisbar ist, aber an den anderen diskriminierenden Bestimmungen ändert sich dadurch nichts.⁵⁷ Immerhin kann man daraus erschließen, daß die frühe Forderung nach der rechten ehelichen Geburt nicht durch die Abgrenzung gegenüber dem slawischen Bevölkerungselement geprägt worden ist (nach dem Grundsatz: „Aus einem reinen deutschen Ehebett geboren“!). Zu den frühen Braunschweiger Beispielen läßt sich der Fall der Hildesheimer Kürschner hinzufügen, die 1328 vom Stadtrat folgenden Beschluß bestätigt bekamen: *quod exnunc filius illegitimus in eorum non debet recipi unionem*.⁵⁸

In diesen räumlichen und zeitlichen Rahmen fügt sich bis zu einem gewissen Umfang auch das Lüneburger Beispiel ein, auch wenn die Quellenüberlieferung erst aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts stammt.⁵⁹ Der Gildebrief der Krämer, der – mit der Datierung „um 1350“ versehen – den Nachweis nicht nur der ehelichen, sondern auch der deutschen und freien Herkunft gegebenenfalls in schriftlicher Form verlangt, ist angesichts der nicht originalen Überlieferung in seiner zeitlichen Zuordnung problematisch.⁶⁰ Weniger Bedenken hat man, wenn man in der ebenfalls undatierten, der Zeit um 1400 zugewiesenen Rolle der Lüneburger Goldschmiede liest: „Item schal he breve hebben edder bringen van denne, dar he her is, dat he vryg echt recht dudesch und nicht wendes, neen ketelbuter, neen vorsprake edder dergelyken, geboren sy van vader und moder.“⁶¹ Diese Bestimmungen finden darüber hinaus auch bei der Annahme von Lehrjungen bei den Goldschmieden Anwendung.⁶² Aber es waren nicht nur die vornehmen Goldschmiede, die sich auf diesem Wege abheben wollten, vielmehr hatten auch die Wollenweber (1432) einen derartigen „Wertekatalog“ formuliert, einschließlich der besonderen Würdigkeit der Ehefrau eines Amtsbruders.⁶³ Bereits 1430 hatten die wenig

⁵⁷ Schich, Braunschweig (wie Anm. 52), 221–233.

⁵⁸ Richard Doebner, Urkundenbuch der Stadt Hildesheim, Bd. 1 (Hildesheim 1880, ND Aalen 1980) 433 Nr. 786.

⁵⁹ Eduard Bodemann, Die älteren Zunfturnkunden der Stadt Lüneburg (Quellen und Darstellungen zur Gesch. Niedersachsens 1, Hannover 1883).

⁶⁰ Ebd., 130.

⁶¹ Ebd., 96.

⁶² Ebd., 97: „Item welk man de hyr enen jungen leren wel, de schal weten dat de junge vryg echt recht dudesch und nicht wendisch, neen ketelboter und neen vorsprake edder dergelyken geboren sy van vader und moder ...“

⁶³ Ebd., 249–252.

geachteten Leineweber als „ihre Gerechtigkeit und Gewohnheit“ fixiert, „vortmer neyne unechte lude to husen unde to hegen“⁶⁴. Besonderes Interesse verdient schließlich noch der Konfliktfall bei den gemeinhin als unehrlich eingeschätzten Badern vom Jahre 1431, die einem Bewerber den Zugang zum Amt verweigert hatten, weil er eine Frau mit einem unehelichen Kind geheiratet hatte.⁶⁵ Die Verweigerung der Amtsaufnahme „umme der frouwen willen“ untersagte jedoch der Rat. Daraufhin erklärten die Bader zwar ihre Bereitschaft, den Mann in das Amt aufzunehmen, richteten aber an den Rat die Bitte, „dat se de frouwen in ereme gilde nycht lyden dorften.“ Auch dieses Ansinnen wurde vom Rat mit der Begründung zurückgewiesen, daß sich kein entsprechender Artikel in ihrer Gildeordnung finde. Diese Unterscheidung zwischen Amt und Gilde, wie sie die Bader vornahmen, läßt den wesentlichen Punkt noch einmal sichtbar werden, nämlich daß die Ehre der Gilde deutlichen Vorrang vor der Berufstätigkeit hatte.

Stellen wir die ohnehin kaum zu beantwortende Frage einen Augenblick zurück, warum gerade in Braunschweig, Hildesheim und Lüneburg die Ehelichkeit so früh und konsequent zur Norm erhoben und – noch viel erstaunlicher – wohl auch durchgesetzt worden ist, um erst einmal über einige Vergleichsfälle zu ermitteln, wie die Entwicklung im angesprochenen hansischen Bereich im übrigen verlaufen ist. Hier gilt – wie für Braunschweig, Hildesheim und Lüneburg natürlich auch – der Grundsatz, daß es fast immer einzelne Gewerbe waren, die Beschlüsse dieser Art faßten, andere hingegen lange Zeit keinerlei Initiative in dieser Richtung ergriffen. So läßt sich etwa für Lübeck folgende Reihe benennen:

1356 setzen die Nadler den Nachweis der ehelichen Geburt als Voraussetzung für die Lehrlingsannahme durch.⁶⁶

1390 folgen ihnen die Reepschläger/Seiler (und zwar „na utwysinge der hilligen kerken“).⁶⁷

1432 tun es ihnen die Apengeter genannten Rotgiesser gleich.⁶⁸

Um die Mitte des 15. Jahrhunderts verdichten sich Zeugnisse dieser Art, einschließlich der von Lübeck ausgestellten und eingeholten Geburtsbriefe.⁶⁹ Abgesehen davon, daß neben der ehelichen häufiger nun auch die deutsche und freie Geburt gefordert wird, zieht man zum Teil noch zusätzlich die nächste Generation in das Überprüfungsverfahren mit ein, verlangt also ein Zeugnis über die Ehelichkeit der Eltern des Bewerbers. So kann ein Aufnahmeantrag zur Ahnenprobe gesteigert werden, wenn der Bewerber „van allen sinen vir anen“ echt und deutsch geboren sein muß, wie es etwa in dem Privileg der Pelzer/Kürschner von Neuruppin 1434 verlangt wird.⁷⁰ Hand in Hand mit diesen ver-

⁶⁴ Ebd., 148f.

⁶⁵ Ebd., 23f.

⁶⁶ C. Wehrmann (Hrsg.), *Die älteren Lübeckischen Zunftrollen* (Lübeck 2. Aufl. 1864) 342.

⁶⁷ Ebd., 385.

⁶⁸ Ebd., 159.

⁶⁹ Olof Ahlers, *Die Bevölkerungspolitik der Städte des „wendischen“ Quartiers der Hanse gegenüber Slawen* (Diss. phil. Berlin 1939). Mehrere Belege auch im Stadtarchiv Braunschweig B I, 1, Bd. 3, besonders Bl. 34 passim, zitiert nach Schich, Braunschweig (wie Anm. 52).

⁷⁰ Adolph Friedrich Riedel, *Codex diplomaticus Brandenburgensis* I, 4 (1884) 325.

mehrten Anforderungen ging die sorgfältige Überprüfung und Bewertung der Frau, die ein neuer Meister heiraten wollte.

Schauen wir uns dazu die Bestimmungen an, wie sie in dem erneuerten Gildebrief der Gerber und Schuhmacher zu Stendal von 1488 enthalten sind: Der Antragsteller selber muß beweisen „mit loffwerdigen luden edder mit nughaftigen bestendigen breven in der selben morgensprake vor die meyster, dath he und sine eldern echte und rechte geborn sint von Dudischen luden und neyner Wendischer arth, fry und nymants eygen und ore handelinghe geholden hebben als erlyke unberuchtede bederve lude“.⁷¹ Für ihre Frauen gilt folgende Regelung: „Och schollen ore fruwen erlich und fram und von echter gebort und Dudescher arth wesen, dath sie der gulde woll werdich sint, alsze vor geschreven steyt, und schollen ohre gebort brive, wanner sie in die gulde kommen, glich anderen vor de mestere und guldebroder brengen.“ Mit dieser Auflistung haben wir einen vollständigen Katalog der Anforderungen an die Eigenschaften und Voraussetzungen eines Zunftbewerbers. An erster Stelle steht dabei die Forderung nach echter und rechter Geburt oder – unserer heutigen Begrifflichkeit angepaßt – nach ehelicher und ehrlicher Abstammung.

Haben wir schon einige Kostproben davon erhalten, wie unterschiedlich die Ehehlichkeitsnorm ausgelegt werden konnte, so gilt dies in noch stärkerem Maße für die der Ehrlichkeit. Denn die in der unscheinbaren Paarformel von „echt und recht“ außerdem enthaltene Vorstellung von „Unehrllichkeit“, von „unehrlichen Tätigkeiten und Berufen“, eröffnet, wie man weiß, ein breites Spektrum von Anwendungsmöglichkeiten, worauf hier nicht eingegangen werden kann. Erinnert sei nur an das vielleicht extremste Beispiel der frühesten Entwicklungsphase, nämlich an die Braunschweiger Lakenmacher, die 1323 nicht nur Bettler und Lotterbuben, sondern auch Bader, Schäfer, Barbieri und Leineweber für unehrlich hielten und sie und ihre Kinder vom Gewerbe für ausgeschlossen erklärten. Am Oberrhein hingegen waren wie auch im Falle der Ehehlichkeit die Vorstellungen der Unehrllichkeit am wenigsten verbreitet: Noch um 1500 beschränkten sie sich im wesentlichen auf den Henker (Scharfrichter), Abdecker (Schinder) und – zum Teil – den Schäfer und/oder Büttel.⁷²

„Echte und rechte“ Geburt bildeten also meist von Anfang an eine unauflösliche Einheit, so daß man auf der Ebene des Gewerbes eigentlich nicht über das Problem der Unehelichkeit nachdenken kann, ohne die Frage der Unehrllichkeit mitzuberecksichtigen. Aber die Dinge sind noch komplizierter oder vielgestaltiger. Mit einer gewissen Verzögerung traten in der Regel zwei weitere Elemente hinzu, nämlich die Forderung nach freier und deutscher Herkunft⁷³, wobei die letztgenannte Bestimmung später auch in den Rheinlanden, und zwar als Abgrenzung gegenüber den „Welschen“ anzutreffen ist.⁷⁴ Auch

⁷¹ *Adolf Stölzel* (Hrsg.), *Brandenburger Schöppenstuhllakten, Urkundliches Material*, Bd. 1 (Berlin 1901) 24–31 Nr. 19.

⁷² *Schulz*, *Handwerksgesellen* (wie Anm. 7), 221.

⁷³ Vgl. *Schich*, *Braunschweig* (wie Anm. 52), mit Angabe der einschlägigen Literatur.

⁷⁴ Vgl. *Schulz*, *Handwerksgesellen* (wie Anm. 7), die Hinweise im Register unter „Welsche“ bzw. „Welschenfeindlichkeit“.

auf diese Fragen kann hier nicht weiter eingegangen werden, auch nicht auf die Rolle, die die großräumig organisierten Gesellengruppen dabei gespielt haben.⁷⁵

Was aber mit der Erwähnung dieser zusammengehörigen Elemente deutlich gemacht werden soll, ist die wohl ebenso auffallende wie bemerkenswerte Tatsache, daß die oder besser manche Zünfte letztlich ein geburtsständisches Prinzip, eine auf der rechten und reinen Geburt basierende Norm verbindlich machten. Sicherlich erfolgte dies nicht in der von der Fachliteratur fälschlicherweise meist unterstellten Absicht, auf diesem Wege wirtschaftlich motivierte Ab- oder Ausgrenzungen vorzunehmen, sich den Konkurrenzdruck vom Halse zu schaffen. Dazu standen viel bessere, geeignetere Mittel zur Verfügung, wie etwa die Erhöhung der Aufnahmegebühren, Vermögensnachweise, Meisterstück, Beschränkung der Lehrlingsausbildung, gegebenenfalls Schließung der Zünfte.⁷⁶ Die rechte Geburt hingegen diente anderen, „höheren“ Zwecken, sie schuf eine Abgrenzung und Distanz, die nicht durch persönliche Verdienste oder auch Interventionsmaßnahmen von dritter Seite – erinnert sei an die Nichtanerkennung von Legitimierungen durch viele Zünfte, besonders durch die großräumig organisierten geschenkten Handwerke⁷⁷ – zu überwinden war. Hier geht es nicht um eine Frage der individuellen Fähigkeiten, Eigenschaften oder Verdienste, sondern um die rechte Geburt. Sie vermittelte die Basis der besonderen und immer wieder beschworenen Zunft- und Handwerksehre. Dem vergleichsweise geringen gesellschaftlichen Ansehen, das sie in der sozialen Hierarchie der Städte genossen, antworteten die Zünfte mit dem Grundsatz der Reinheit der Geburt. Wie es besonders der Blick in die rheinische Städteregeion erkennen ließ, waren zwar die Ehehchkeits- und Ehrlichkeitsvorstellungen im Mittelalter voll ausgebildet worden, gelangten aber erst im 16. und 17. Jahrhundert mit all ihren bösen Konsequenzen zur Anwendung und Ausgestaltung. Die Widerspiegelung davon findet sich in dem ebenso langwierigen wie ineffektiven Kampf der Reichsgesetzgebung gegen diese Mißbräuche durch die Zünfte und Gesellenverbände, namentlich seit der Reichspolizeiordnung von 1530.⁷⁸ Als besonders empörend wurde es empfunden, daß die im übrigen akzeptierten Rechtsformen von den Zünften zurückgewiesen wurden, nämlich die Legitimation durch nachfolgende Ehe und vor allem durch Reskripte des Kaisers und der Landesherren, der Räte der Reichsstädte sowie der vom Kaiser bevollmächtigten Hof-

⁷⁵ Besonders einprägsam ist der Fall der Nürnberger Beutlergesellen, die 1506 einem unehelichen Gesellen „die zech verpoten“, dessen Mitgesellen gemieden und erklärt hatten, daß sie im Konfliktfall mit dem Rat „alle aufsteen und von dieser stat ziehen“ würden. Der Rat entschied aber, daß wie bisher Findelkinder und unehelich Geborene zum Handwerk zugelassen werden sollten. „Er sehe die Forderung der Gesellen ‚für ein zunftisch wesen [!] an‘; die Knechte, welche aus der Stadt zögen, würden aufgeschrieben und niemals wieder hereingelassen werden“; so bei *Bruno Schoenlank*, Zur Geschichte altnürnbergischen Gesellenwesens, in: *Jbb. für Nationalökonomie und Statistik* 53 (1889) 337–395, hier 358.

⁷⁶ Zu den Etappen und der Zeitfolge, in denen derartige Maßnahmen ergriffen wurden vgl. *Schulz*, Handwerksgeellen (wie Anm. 7), Kapitel 4: Die Eingangsbedingungen zu Handwerk und Gewerbe in ihren Veränderungen vom 13./14. bis zum 17. Jahrhundert, 209–315 sowie *Wesoly*, Lehrlinge (wie Anm. 27), 239–305.

⁷⁷ *Schulz*, Handwerksgeellen (wie Anm. 7), 129–162.

⁷⁸ *Hans Proesler*, Das Gesamtdeutsche Handwerk im Spiegel der Reichsgesetzgebung von 1530 bis 1860 (Nürnberg Abh. zu den Wirtschafts- und Sozialwiss. 5, Berlin 1954); im folgenden zitiert: *Proesler*, Handwerk.

pfalzgrafen.⁷⁹ Erst durch den Reichsabschied von 1731/32 wurde in dieser Frage wenigstens rechtlich eine gemeinsame Grundlage gefunden⁸⁰, die allerdings nur in wenigen Staaten des Reiches durchsetzbar war. Diese Entscheidung fand auch Eingang in das preußische Landrecht: Unehelich Geborenen, die die Legitimation erlangt hatten, war die Aufnahme in die Lehre und in die Zünfte nicht länger zu versagen.⁸¹ Hinsichtlich der Unehelichkeit wurde nur noch die Zugehörigkeit zur Berufsgruppe der Henker und Abdecker als Ausschließungsgrund anerkannt.⁸²

Zu dieser Zeit meldeten sich allerdings schon wieder kritische Stimmen gegenüber einer allzu aufgeklärten und „modernistischen“ Gesetzgebung gegen die Zünfte zu Wort. Gemeint ist in erster Linie Justus Möser mit seinen „Patriotischen Phantasien“.⁸³ Eine – seiner Ansicht nach – falsch verstandene Liberalität weist er als staatspolitisch schädlich zurück: „Es ist unpolitisch, den Hurkindern einerlei Ehre mit den achtgebornen zu geben, weil dadurch der stärkste Bewegungsgrund für die Ehe wegfällt ...“⁸⁴ An anderer Stelle erhält dieser Gedankengang bei Möser eine andere Akzentuierung, wenn es heißt: „... aber warum ließ man die Gilden nicht bei diesen mit der deutschen Ehre zugleich geborenen Grundsätzen? [...] Die Verfasser des Reichsabschiedes standen auf der Höhe und was unten am Berge war, schien ihnen nur aus Mücken zu bestehen!“⁸⁵ Es kann hier nicht um eine Bewertung des Standpunktes Möser gehen. Aber es besteht doch kein Zweifel, daß er viel von den ursprünglichen Impulsen und dann zur Tradition gewordenen Mißbräuchen in den Zünften erfaßte und als konservativ denkender Mann nicht mit einer Änderung sympathisierte. Die politischen Konsequenzen, die sich für ihn ergaben, mögen problematisch sein; was Möser aber richtig begriff, das ist das über einen besonderen Ehrbegriff spätestens im Spätmittelalter gewonnene Selbstverständnis und

⁷⁹ Vgl. *Proesler*, *Handwerk* (wie Anm. 78), besonders das „Gutachten des Reichs-Tags von Regensburg“ vom 3. März 1672, Art. 11 (S. 39*): „Demnach auch öfters vorgekommen, daß bey denen Handwerkern / insonderheit denen so genannten geschenkten / ein Unterscheid wolle gemacht werden / zwischen den unehelich erzeugten Kindern / welche durch nachfolgende Ehe / und denen / so von Kayserlicher Majestät oder sonsten aus Kayserl. Macht legitimirt worden / also / daß theils Handwerker auch diejenige / welche auf solche Weiß legitimirte Weibs=Personen heyrathen / nicht passiren lassen wollen / so solle erstgemeldeter Unterscheid aufgehoben seyn / und die auf besagtem einen oder andern Weg legitimirte Manns= und Weibs=Personen / wegen Zulassung zu dem Handwerk / einander gleich geachtet werden.“

⁸⁰ Ebd., 65*, Artikel XI.

⁸¹ Zur Rezeption der Reichsgesetzgebung in dieser Frage vgl. die Hinweise bei *Frensdorff*, *Zunftrecht* (wie Anm. 49), 79 und 80ff.

⁸² *Proesler*, *Handwerk* (wie Anm. 78), 59*, Artikel IV.

⁸³ Justus Möser, *Patriotische Phantasien*, Bd. 2 (Berlin 1842).

⁸⁴ Ebd., XXXIII: „Über die zu unsern Zeiten verminderte Schande der Huren und Hurenkinder“ (S. 165). Weiter heißt es in diesem Kontext: „Es ist unpolitisch, dem ehelosen Leben im bürgerlichen Stande gleiche Wohlthaten mit dem ehelichen zu verleihen, weil der Hausstand einer Familie dem Staate mehr nutzt und mehr beiträgt als der Stand loser Gesellen.“

⁸⁵ Ebd., 368 unter dem Titel XLIX: „Haben die Verfasser des Reichsabschieds von 1731 wohlgethan, daß sie viele Leute ehrlich gemacht, die es nicht waren?“, heißt es einleitend (367): „Es ist ferner gewiß, daß die Zünfte und Gilden ungemein dadurch gelitten haben, daß sie nach dem jüngern Reichsabschiede alle von irgend einem Pfalzgrafen ehrlich gemachte Hurkinder und beinahe alle Geschöpfe, die nur zwei Beine und keine Federn haben, als zunftfähig erkennen müssen. Nach der seit einiger Zeit Mode gewordenen Menschenliebe ... mag es mit dieser Verordnung gut genug gemeint sein.“

Gruppenbewußtsein der Zünfte und Gilden.⁸⁶ Abgesehen von allen begleitenden Faktoren definiert sich dieser besondere Ehrbegriff über die Geburt, wobei zweifellos auch Vorstellungen der ständisch gegliederten Gesellschaft des Mittelalters eine Rolle gespielt haben werden.⁸⁷

Wenn man erneut in die zeitlichen und räumlichen Gegebenheiten und Unterschiede des Spätmittelalters hineinblickt, dann ist der Bezug zu politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen sehr viel naheliegender und evidenter. Bleiben wir bei den genannten Hauptbeispielen und versuchen eine ganz knappe, modellhafte Erklärung. Braunschweig, das mit seinen restriktiven Zunftnormen am frühesten hervortrat, war eine von einer elitären Führungsschicht geprägte Hansestadt, die sich gleichwohl durch ein blühendes Gewerbe, ja Exportgewerbe, auszeichnete. Die Diskrepanz zwischen wirtschaftlicher Bedeutung und gesellschaftlicher und politischer Mißachtung war stark ausgeprägt. Besonders verletzend mochte es den Zünften erscheinen, wenn die überheblichen Patrizier und Priester ihre unehelichen Sprößlinge zur Lehre ins Handwerk abschieben wollten. Aber mit der Norm der Ehelichkeit konnten sich die Zünfte nicht nur nach oben, sondern zugleich gegenüber den Unterschichten abgrenzen. Die auffallenden regionalen Unterschiede, von denen wir ausgingen, finden vielleicht, wenn auch auf einer etwas spekulativen Grundlage, von daher einen bescheidenen Erklärungsansatz. Denn in einer oberrheinischen Stadt wie Basel haben die wirtschaftlich wichtigen Zünfte im Unterschied zu Braunschweig und dem zentralen hansischen Bereich frühzeitig größere gesellschaftliche Anerkennung und politischen Einfluß erhalten, so daß sich von daher zum Teil auch die registrierten Abweichungen in der Verfolgung geburtsrechtlicher Normen erklären las-

⁸⁶ Georg Simmel, *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung* (München/Leipzig 2. Aufl. 1922), 8. Kapitel: Über die Selbsterhaltung der sozialen Gruppe, faßt die Zusammenhänge so (405f.): „Wie man es als die spezifische Leistung der Religion ansehen kann, daß sie dem Menschen sein eigenes Heil zur Pflicht macht – so ist es, mutatis mutandis, als die der Ehre zu bezeichnen, daß sie dem Menschen eine solche Pflicht in seinem individuellen Heile macht. Darum gehen der Ehre gegenüber die Aspekte von Recht und Pflicht ineinander über: das Bewahren der Ehre ist so sehr Pflicht, daß man das Recht zu den ungeheuersten Opfern – nicht nur selbstgebrachten, sondern andern auferlegten, über andre hinweggehenden – aus ihr zieht. Es wäre ganz unverständlich, warum die Gesellschaft denn den Einzelnen eigentlich mit so starkem sozialen und moralischen Akzent zum Bewahren dieses rein persönlichen Gutes der Ehre anhielte, wenn dies nicht die bloße Form und Technik wäre, deren Inhalt und Zweck die Erhaltung der Gruppe ist.“ Zur Diskussion vgl. Andreas Griefinger, *Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgehlen im 18. Jahrhundert* (Frankfurt/Berlin/Wien 1981); Martin Dinges, *Die Ehre als Thema der Stadtgeschichte. Eine Semantik im Übergang vom Ancien Régime zur Moderne*, in: ZHF 16 (1989) 409–440 und Katharina Simon-Muscheid, *Gewalt und Ehre im spätmittelalterlichen Handwerk am Beispiel Basels*, in: ZHF 18 (1991) 1–31.

⁸⁷ Vgl. Max Weber, *Grundriß der Ökonomik*. III. Abteilung: Wirtschaft und Gesellschaft (Tübingen 1922) 635: „Im Gegensatz zur rein ökonomisch bestimmten ‚Klassenlage‘ wollen wir als ‚ständische Lage‘ bezeichnen jede typische Komponente des Lebensschicksals von Menschen, welche durch eine spezifische, positive oder negative, soziale Einschätzung der ‚Ehre‘ bedingt ist, die sich an irgendeine gemeinsame Eigenschaft vieler knüpft ... Inhaltlich findet die ständische Ehre Ausdruck normalerweise vor allem in der Zumutung einer spezifisch gearteten *Lebensführung* an jeden, der dem Kreise angehören will. Damit zusammenhängend in der Beschränkung des ‚gesellschaftlichen‘, d.h. des nicht ökonomischen oder sonst geschäftlichen, ‚sachlichen‘ Zwecken dienenden Verkehrs, einschließlich namentlich des normalen Konnubium.“ Vgl. dazu den Beitrag von F. Zuntzel, *Ehre, Reputation*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 2 (1975) 1–63, besonders 5 („Der Begriff der ständischen Ehre“) und 15f. („Bürgerliche Standesehre“).

sen mögen. Aber damit ist mit Sicherheit keine zureichende Antwort, sondern bestenfalls ein erster Fingerzeig gegeben, der außerdem recht vage bleibt. Daneben ist etwa an die Gefahren des Zusammenlebens von Töchtern und Mägden mit unverheirateten und zudem weiterwandernden Gesellen in ein- und demselben Meisterhaus zu denken. Hinzu kamen Faktoren wie das zunehmende Heiratsalter oder mangelnde Ressourcen zur Versorgung unehelicher Kinder in einem kleinen Handwerksbetrieb. Aber wichtiger war und blieb wohl die Betonung der eigenen Standesehre, die das Selbstverständnis so strukturierter Gruppen umso stärker hervortreten ließ, je spürbarer andere – groß- und bildungsbürgerliche – Normen eine gesellschaftliche Deklassierung bewirkten oder auch nur andeuteten.